

Mehr Chancen auf Beschäftigung

Die christlich-liberale Regierungskoalition unterstützt die Stabilität des Arbeitsmarkts und den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung mit weiteren Maßnahmen. Nach dem Wachstumsbeschleunigungs-Gesetz und dem ‚Schutzschirm für Arbeitnehmer‘ beschloss das Kabinett am Mittwoch mit dem Beschäftigungschancen-Gesetz in der Wirtschafts- und Finanzkrise ein weiteres Paket zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Erstmals wieder weniger Arbeitslose als im Vorjahr

Dank des entschlossenen Handelns der unionsgeführten Bundesregierung traf die Krise die Wirtschaft sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland weniger hart als im europäischen Ausland. Das zeigte sich etwa an den erfreulichen Arbeitsmarktdaten vom März, als erstmals wieder weniger Menschen ohne Arbeit waren als im Vorjahr. Nun beschloss die christlich-liberale Regierungskoalition die Fortsetzung des für diesen positiven Effekt mitverantwortlichen Kurzarbeitergelds sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung und besseren Vermittlung von Arbeitsplätzen.

Christlich-liberale Koalition verlängert Kurzarbeitergeld

Die Kurzarbeitergeld-Regelung soll demnach bis zum 31. März 2012 verlängert werden, um den betroffenen Arbeitnehmern und den Unternehmen mehr Planungssicherheit zu gewähren. Im Interesse des Mittelstands setzte sich die CSU dabei erfolgreich dafür ein, die sogenannte Konzernregelung nicht in die Verlängerung einzuschließen. Diese Klausel bevorteilte Unternehmen, die groß genug waren, um Kurzarbeiter von einem Betriebsstandort an einen anderen versetzen zu können.

Bei jungen Arbeitslosen setzt die Regierung auf Qualifikation

Parallel dazu plant die Bundesregierung konkrete Schritte zur besseren Wiedereingliederung von unter 25-jährigen, über 50-jährigen und alleinerziehenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Im Sinne der Alleinerziehenden erinnerte die christlich-liberale Regierung die Jobcenter an ihre Verantwortung zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen.

Allen besonders jungen Erwerbslosen soll demnach künftig innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Meldung bei der Arbeitsagentur ein zukunftsweisendes Angebot unterbreitet werden. In den Fällen, in denen keine Stelle angeboten werden kann, will die Bundesregierung künftig die Qualifikation der Bewerber steigern – durch das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses oder den Abbau anderer Hindernisse auf dem Weg in den Arbeitsmarkt wie etwa vorliegende Suchterkrankungen. Wer eines dieser Angebote ausschlägt, muss mit Kürzungen seiner Bezüge rechnen.

AFGHANISTAN

Rückendeckung für unsere Soldaten im Einsatz

Vor dem Hintergrund der schmerzlichen Verluste, die die Bundeswehr in den vergangenen Wochen in Afghanistan erfahren musste, stärkte der Deutsche Bundestag den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz den Rücken. In ihrer Regierungserklärung betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Notwendigkeit des Einsatzes. Auch die CSU-Landesgruppe bekennt sich zu den klaren Zielen der internationalen Mission am Hindukusch.

Die Afghanistan-Mission hat hohe Bedeutung für unsere Sicherheit

Vor dem Bundestag unterstrich Dr. Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, die Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes. Er erinnerte an den Ausgangspunkt des Mandats: Vor dem 11. September 2001 hätten sich, so der Landesgruppenvorsitzende, Fanatiker von Afghanistan aus auf den Weg gemacht, „eine Welt zu zerstören, die ihren Bürgern Toleranz, Lebensfreude, Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenwürde gibt.“ Daher habe sich die internationale Staatengemeinschaft dazu entschlossen, das menschenverachtende Regime in Afghanistan zu beseitigen, die Terroristen dort zu entwaffnen und ein Maß an Stabilität zu schaffen, das einen Rückfall in diese dunklen Zeiten des Landes unmöglich macht.

Der Einsatz entspricht dem Wunsch Afghanistans und der UN

Der Einsatz in Afghanistan wurde nicht nur auf Bitten der dortigen Regierung, sondern jeweils nach Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Staaten rund um den Globus bereits zehn Mal von den Vereinten Nationen mandatiert. 44 Nationen entsenden derzeit Soldaten an den Hindukusch – im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung einige sogar mehr als die Bundesrepublik. Den Vorwurf des damals mitverantwortlichen Bundesministers Trittin (Grüne), man sei in den Einsatz hineingestolpert, wies Dr. Hans-Peter Friedrich daher mit aller Entschiedenheit zurück.

Internationale Afghanistan-Strategie bereitet Abzug vor

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe lobte die neue Einsatzstrategie der Bundesregierung, die im Februar gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft in London ausgearbeitet worden war. Mit diesem neuen Konzept sollen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass die internationale Schutztruppe aus Afghanistan abziehen können wird. Voraussetzung dafür ist allerdings die Ausbildung von ausreichend vielen afghanischen Polizei- und Sicherheitskräften, die im Anschluss an eine Verantwortungsübergabe für Recht und Ordnung in Afghanistan sorgen können.